

Pressemitteilung
Kiel, 09.02.2005

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Bessere Anbindung an den Hamburger Hauptbahnhof: Westküste fordert transparente Entscheidungsfindung

Die Regionalzüge an der Westküste müssen an den Hamburger Hauptbahnhof angebunden werden. Kreis- und parteiübergreifend fordern Politiker und Verwaltungschefs der Westküste die Bahntochter DB-Netz AG als Gleisverwalterin zu einer transparenten Entscheidung auf.

Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs, an dem Staatssekretär Michael Rocca vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie Landtags- und Bundestagsabgeordnete und die Landräte der Westküstenkreise Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg teilnahmen. Sie trafen sich am 4. Februar auf Initiative des nordfriesischen Landrates Dr. Olaf Bastian mit Vertretern der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft (LVS) und der Nord-Ostsee-Bahn (NOB) in Husum, um über die langjährige Forderung der Wirtschaft und Politik zur Anbindung an den Hamburger Hauptbahnhof zu diskutieren.

Angeführt wurden verkehrliche, wirtschaftliche und touristische Gründe. Staatssekretär Rocca stellte die Interessen der Fahrgäste dar: »Insbesondere für den Tourismus an der Nordsee Schleswig-Holstein mit insgesamt 17,6 Millionen Übernachtungen und 1,3 Millionen Gästen pro Jahr ist die schnelle



und komfortable Anbindung an den Hauptbahnhof von existentieller Bedeutung.« Da der einzelne Urlaub immer kürzer werde, seien kurze Reisezeiten umso wichtiger, sagte Rocca. Im Unterschied zum Bahnhof Altona wird der Hauptbahnhof von allen Fernverkehrszügen, die Hamburg erreichen, angelaufen. Damit ist er für zahlreiche Bahnkunden der attraktivere Umsteigebahnhof.

An der Nordsee Schleswig-Holstein nutzt die ungewöhnlich hohe Quote von 23 Prozent der Urlaubsgäste die Bahn zur Anreise. »Wenn sie schon auf so umweltfreundliche Weise reisen, müssen wir ihnen auch möglichst bequeme Verbindungen anbieten, damit sie beim nächsten Mal nicht doch wieder das Auto nehmen«, hob der Landrat des Kreises Dithmarschen, Dr. Jörn Klimant, hervor.

Auch für den überwiegenden Teil der Berufspendler nach Hamburg ist der Endpunkt Hauptbahnhof weitaus attraktiver: Viele Arbeitsplätze in der City sind von dort aus zu Fuß erreichbar, und auch die Umsteigemöglichkeiten zu Bussen sowie S- und U-Bahn sind besser als in Altona.

Die Forderungen der hochkarätigen Runde sind Wasser auf die Mühlen der NOB: Ab Dezember 2005 übernimmt sie den Verkehr auf der Westküstenstrecke und möchte am liebsten im Stundentakt von Westerland zum Hauptbahnhof fahren. Bisher wird der Verkehr auf der Strecke von der Regionalbahn Schleswig-Holstein, einer Tochter der Deutschen Bahn AG (DB AG), betrieben.

Das Problem: Von Altona zum Hauptbahnhof kommen die NOB-Züge nur über Gleise, die von der DB-Tochter DB-Netz AG verwaltet werden. Diese hat die Einbindung der NOB zum Hauptbahnhof auf Basis des Fahrplans 2005 geprüft mit dem Ergebnis, dass die Trasse sehr dicht befahren ist, so dass es für zusätzliche Züge im Stundentakt keinen Platz gebe.

Zurzeit erstellen alle Bahnunternehmen ihre ab Dezember geltenden Fahrpläne. Interessenüberschneidungen sind vorprogrammiert. Die Trassenvergabe hat durch die DB-Netz AG nach einem Trassenvergabeverfahren zu erfolgen. Bei diesem gilt: Alle Bahngesellschaften genießen die gleichen Rechte. Bislang allerdings ist die DB Netz AG nicht bereit, ihre Entscheidungskriterien für die Gleisnutzung offen zu legen. Offenheit ist nicht nur für Landrat Olaf Bastian die Vorbedingung eines fairen Entscheidungsverfahrens: »Die DB Netz muss vorurteilsfrei abwägen und das auch nachweisen. Erst wenn sich danach kein deutlicher Vorteil für die bessere Anbindung der Westküste ergibt, ist sie berechtigt, sogenannte »bekannte und bewährte« Züge vorzuziehen.« Dabei beruft er sich auf den im Allgemeinen Eisenbahngesetz vorgesehenen diskriminierungsfreien und gleichberechtigten Zugang zu



Gleisnutzungszeiten auch für DB-Konkurrenten.

Am Donnerstag, dem 10. Februar, findet ein Gespräch zwischen LVS, DB-Netz AG und anderen Verkehrsunternehmen, die an Verkehrsleistungen auf diesem Abschnitt interessiert sind, statt. Die Politiker und Verwaltungsleute der Westküste sind sich einig: Es muss eine Lösung gefunden werden, die den berechtigten Interessen der Westküste gerecht wird.

Die Landtagsabgeordneten Birgit Herdejürgen (SPD), Heinz Maurus (CDU) und Lars Harms (SSW) unterstützen den partei- und kreisübergreifenden Ansatz: »Die betrieblichen Hindernisse bestehen nach derzeitiger Prüfung nur, wenn die DB-Netz AG bzw. die anderen Verkehre sich nicht bewegen«, stellen sie fest.

